

DEMOKON - Policy Paper I

Energiewende, Konfliktkultur und Populismus



Fritz Reusswig, Wiebke Lass, Seraja Bock

Potsdam, Juni 2021

Kernbotschaften

- I. Ursprünglich mit Themen wie **Euro-Kritik** oder **Migration** beschäftigt, hat sich der Populismus in Deutschland in jüngster Zeit verstärkt den Themen **Energie- und Klimapolitik** zugewandt. Populistische Argumente werden in konkreten Energiewende-Konflikten (Wind- und Netzausbau, Kohleausstieg) aufgegriffen. Sollte sich diese Kritik ausbreiten, besteht die Gefahr einer Blockade der Energiewende „von unten“.
- II. **Kernmerkmal des Populismus** ist die Kritik an den angeblich korrupten politischen Eliten, die die Interessen der Mehrheit des Volkes nicht mehr vertreten und stattdessen Politik für eine als moralisch verwerflich markierte gesellschaftliche Minderheit machen. Demgegenüber vertritt der Populismus – und nur er – die „wahren“ Interessen der Mehrheit.
- III. In den Kontext von Energie- und Klimapolitik übersetzt erzählt das populistische Narrativ die Geschichte der **Energiewende als eines typischen Projekts der politischen Eliten** dieses Landes, die sich einer „grünen Ideologie“ bedienen, um ein unnötiges, bloßer „Klimahysterie“ geschuldetes ineffizientes und zu teures Energiesystem Volk und Landschaft aufoktroyieren wollen.
- IV. **Vorsicht vor spiegelnden Reaktionsmustern:** Dem kann nicht mit einer bloßen „Verdammung“ des Populismus, einer reflexhaften „Verteidigung“ der Energiewende oder einer erneuten Unterstreichung der Notwendigkeit konsequenter Klimapolitik begegnet werden. Es muss vielmehr darum gehen, Schwachpunkte bei der Umsetzung der Energiewende klar zu benennen und möglichst zu verbessern. Auch die möglichen sozialen Risiken einer aktiven Klimapolitik müssen identifiziert und durch eine an sozialer und ökologischer Gerechtigkeit orientierte Ausgestaltung der klimapolitischen Instrumente flankiert werden. Dabei braucht es zum einen mehr wirtschafts- und sozialwissenschaftlich qualifizierte Klima-Expertise, zum anderen eine stärkere öffentliche Debatte um den richtigen Weg zur Klimaneutralität.
- V. Auf lokaler Ebene kommt es entscheidend darauf an, Akteure zu stärken, die an einer **sachlichen Debatte** interessiert sind. Gerade die an lokalen Energiewende-Konflikten nicht direkt Beteiligten – oft die Mehrheit vor Ort - sollten im Sinne von „Energy Citizenship“ aktiviert bzw. darin bestärkt werden, sich sachlich zu informieren. Insbesondere ist dem verbreiteten Eindruck entgegenzutreten, eine Mehrheit sei gegen die Energiewende/ein bestimmtes Projekt. Hierzu braucht es Foren und Formate für argumentativ gestützte Meinungsbildungsprozesse und eine faire Streitkultur. Insbesondere lokal bedeutsame Meinungsbildner:innen – Bürgermeister:innen, Funktionsträger der Kommunalpolitik, zivilgesellschaftliche Organisationen, die das örtliche Leben prägen – brauchen mehr Unterstützung und Schulung, um im Umgang mit populistischen Narrativen und Akteur:innen souveräner agieren zu können. Planungsprozesse müssen transparenter und bürgernäher gestaltet werden.

1. Einleitung

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 29. April 2021 und mit Blick auf das neue europäische Klimaziel 2030 hat der Bundestag im Juni 2021 ein novelliertes Klimaschutzgesetz beschlossen, in dem das Ziel der Treibhausgasneutralität bereits bis 2045 – und nicht erst bis 2050 – erreicht werden soll. Dazu ist der massive Ausbau der Erneuerbaren unabdingbar. Trotz hoher allgemeiner Zustimmungswerte trifft dieser Ausbau vor Ort immer wieder auf Protest. In den letzten Jahren haben populistische Parteien und Organisationen diesen lokalen Protest durch ihre Fundamentalkritik an der Energiewende, speziell dem Windkraftausbau, befeuert. Wie wirkmächtig ist diese Kritik? Kann sie die Energiewende ausbremsen?

Das von der Mercator-Stiftung geförderte Forschungsvorhaben DEMOKON untersucht die Frage, wie eine demokratische Konfliktkultur für die Energiewende aussehen könnte. Hintergrund dafür ist die Zunahme lokaler Konflikte um den Ausbau erneuerbarer Energien, den Netzausbau sowie den Kohleausstieg, die im Projekt anhand von Fallbeispielen untersucht werden. Schlägt sich die nicht nur in Deutschland beobachtbare Bedeutungszunahme populistischer Akteur:innen und Argumente auch im Bereich der Energiewende nieder? Welche Weichenstellungen könnten helfen, den Umgang mit Konflikten so zu gestalten, dass Entscheidungen ohne persönliche Verletzungen oder politische „Flurschäden“ auf der Basis eines fachlich fundierten, sachbezogenen Diskurses gefunden und auch vermittelt werden können? Wie können die Klimaziele erreicht werden, ohne Bürgerbeteiligung „auszubremsen“?

Gleich zu Beginn möchten wir zwei mögliche Missverständnisse ausräumen: (1) Dem populistischen Einfluss auf Proteste nachzugehen bedeutet nicht, jeden Protest gegen Windräder oder Hochspannungsleitungen als populistisch abzustempeln. Die spannende Frage ist gerade, wo genau Populismus anfängt und wie er sich äußert. (2) Häufig wird der Begriff „populistisch“ einfach nur zur Diffamierung des politischen Gegners benutzt. Bei DEMOKON geht es ausschließlich um ein wissenschaftlich fundiertes, analytisches Populismus-Verständnis.

Zu den Projektzielen gehört, die Mechanismen besser zu verstehen, die dazu führen, dass Aktivist:innen vor Ort, die sich gegen eine Windkraftanlage oder einen Netzausbau zusammengeschlossen haben, irgendwann populistische Argumente übernehmen. „Suchen“ sie die Unterstützung durch populistische Parteien, um ihrem Protest mehr Durchschlagskraft zu verleihen? Und wenn ja: Sind sie selber von den populistischen Argumenten überzeugt oder pflegen sie nur einen strategischen Umgang mit ihnen? Oder drängen populistische Akteure in ein neues Themen- und Aktivitätsfeld vor?

Neben dieser Frage nach den Akteure:innen des Konflikts untersucht DEMOKON auch besonders die sog. Unbeteiligten, bisweilen (und nicht selten auch: in populistischer Absicht) als „schweigende Mehrheit“ bezeichnet. Dabei handelt es sich um Menschen, die in lokalen Konflikte (noch) nicht aktiv geworden sind, aber von den (geplanten) Projekten – etwa als Anwohner:innen – betroffen sind. Wie denkt diese in sich sehr heterogene Gruppierung über die Energiewende, wie über den Konflikt? Wie anfällig ist sie für das populistische Narrativ? Wie lässt sie sich stärker aktivieren?

Und schließlich geht es DEMOKON darum, Formate der (lokalen) Konfliktaustragung zu erproben, die Befürwortern, Gegnern und Unbeteiligten erlauben, ihre Argumente – und auch Gefühle – so einzubringen, dass sie Gehör finden, abgewogen werden können und sich im Lichte von (neuen) Fakten oder Deutungen auch ändern können.

Denn nur so funktioniert lebendige Demokratie: Nicht allein durch Abstimmung darüber, welche Position die Mehrheit hat und welche nicht, sondern eben auch durch eine streitbare, aber faire Debattenkultur, in der sich Meinungen allererst bilden und Mehrheiten folglich auch verändern können.

Das vorliegende Policy Paper legt den Schwerpunkt auf die allererste Frage: Was heißt eigentlich Populismus, und was bedeutet das populistische Narrativ im Bereich der Klima- und Energiepolitik? Welche lokalen Effekte können wir beobachten, und was muss eine Politik beachten, die für konsequenten Klimaschutz auch gesellschaftliche Mehrheiten organisieren muss?

2. Was ist Populismus?

Lange Jahre spielte das Thema Populismus in der sozialwissenschaftlichen Forschung eher eine randständige Rolle. Das hat sich aufgrund des enormen Zulaufs zu populistischen Parteien und Bewegungen, von denen einige auch an Regierungen beteiligt sind, deutlich gewandelt. Die Literatur ist mittlerweile massiv angewachsen und unübersichtlich geworden. Ganz verschiedene Forschungsrichtungen und Ansätze mit unterschiedlichen Definitionen haben sich herausgebildet.

Bei der Antwort auf die Frage, was denn überhaupt „populistisch“ genannt werden kann, haben sich drei Schwerpunkte herauskristallisiert. Außerdem prägen drei unterschiedliche Erklärungsansätze die Debatte.

Mit Populismus ist zum einen eine charakteristische *Ideologie* gemeint, die sich in politischen Weltbildern und Kernaussagen niederschlägt und in Konkurrenz zu anderen Ideologien steht. Hier wird auf das „Was“ des Populismus geachtet. Viele Populismusforscher:innen kennzeichnen die populistische Ideologie dabei als „dünn“, also als wenig inhaltsreich und flexibel anschlussfähig an andere, „dichtere“ politische Ideologien, wie etwa den Konservatismus, den Liberalismus oder den Sozialismus, aber auch an situative Faktoren und Themen. Als Kernmerkmale der populistischen Ideologie können Elitenkritik und Antipluralismus gelten (s.u.).

Populismus bezeichnet aber auch einen *Diskurs*, der bestimmte symbolische, performative und expressive Funktionen erfüllt. Hier wird auf das „Wie“ des Populismus abgestellt. Ein häufig zu beobachtendes Merkmal des populistischen Diskurses ist sein provokativer, personalisierender und vereinfachender Politikstil, der das „Einfache“ gegenüber dem „Komplizierten“ ausspielt.

Drittens schließlich handelt es sich beim Populismus um eine *Strategie*, es geht um kulturelle Hegemonie und politischen Machterwerb. Hier wird das „Wozu“ des Populismus ins Zentrum gestellt und das Verhalten populistischer Akteure im gesellschaftlichen und politischen System beobachtet.

Ein großer Teil der Populismus-Forschung widmet sich auch der Frage, wie der deutliche Aufschwung populistischer Bewegungen, Parteien und Diskurse in der jüngeren Vergangenheit zu erklären ist. Dabei konkurrieren vereinfachend gesagt ein kultureller und ein ökonomischer Ansatz, in jüngster Zeit ist noch ein genuin politischer Ansatz hinzugekommen. Der *kulturelle* Ansatz stellt stärker auf die Wertorientierungen ab und sieht eine Polarisierung der Gesellschaft in weltoffene Befürworter:innen universeller Werte (oft „Kosmopoliten“ genannt) einerseits, stärker national orientierte Verteidiger traditionellerer Werte (oft „Kommunitaristen“ genannt) andererseits.

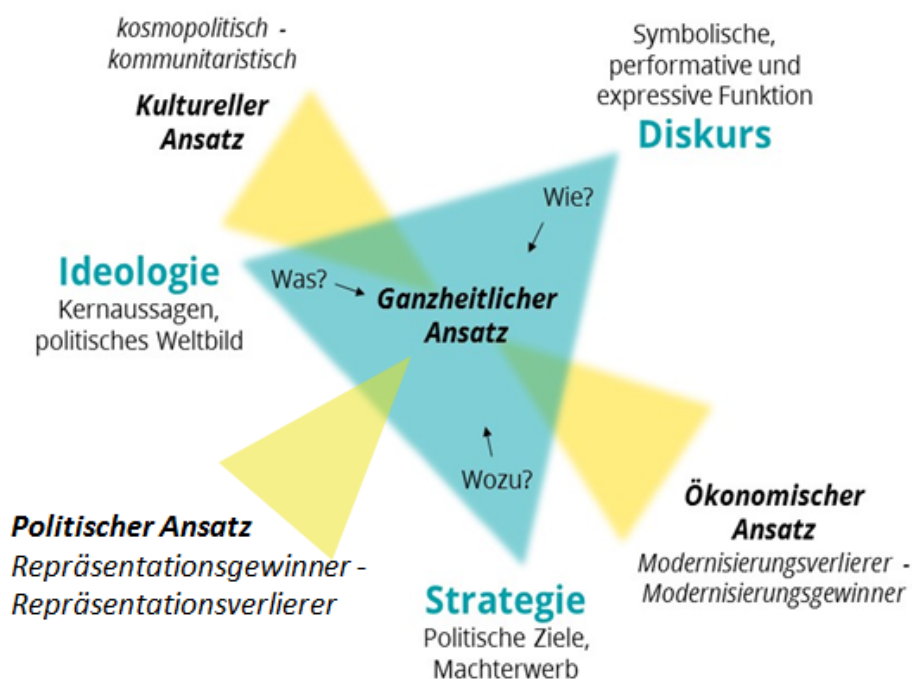


Abbildung 1: Schwerpunktthemen und Ansätze Populismus-Forschung (Quelle: eigene Darstellung)

Der *ökonomische* Ansatz fokussiert auf die soziale Lage der Menschen und unterscheidet oft zwischen denen, die von Modernisierungs- und Globalisierungsprozessen profitieren („Modernisierungsgewinner“) und solchen Gruppen, die davon in ihrer sozialen Position bedroht werden („Modernisierungsverlierer“). Teilweise wird dabei der Unterschied zwischen Rechts- und Linkspopulismus so erklärt, dass erstere Ängste vor Migrationsbewegungen haben bzw. schüren, während letztere Angst vor Waren- und Kapitalbewegungen instrumentalisieren. Beim *politischen* Ansatz schließlich geht es um die Frage, wen – welche soziale oder Interessen-Gruppierung – das politische System eher repräsentiert und wen es eher ausschließt.

Oft konkurrieren diese Deutungs- und Erklärungsansprüche miteinander und beanspruchen, die einzig „richtige“ Definition des Populismus zu liefern. Aus Sicht des Projekts DEMOKON ähneln diese exklusiven Deutungskämpfe ein wenig dem Streit um die „richtige“ Definition eines Elefanten: Sind es nun die großen Ohren, der Rüssel oder die Stoßzähne, an denen man ihn erkennen kann? Ein müßiger Streit, der aus einer fach- und paradigmensorientierten Blickverengung resultiert, aber nicht in der Sache selbst begründet ist.

Wir halten demgegenüber einen ganzheitlichen, integrativen Ansatz für zielführend: Populismus ist ein komplexes und vielschichtiges soziales und politisches Phänomen, das sich nur als „Dreiklang“ aus Strategie, Diskurs und Ideologie fassen lässt. Gerade wenn man sich mit dem Einfluss „des“ Populismus auf ein konkretes Politikfeld befasst, muss man stets die Frage nach dem „Was“ (energie- und klimapolitische Position populistischer Akteure) mit dem „Wie“ (diskursive Praktiken, Mobilisierung von Gefühlen) und dem „Wozu“ (strategische Ziele und Mittelwahl) verbinden. Und man ist gut beraten, *sowohl* nach der sozialen Lage und den Interessen der jeweiligen Akteure zu fragen *als auch* nach ihren kulturellen Wertorientierungen *sowie* ihrer politischen Repräsentation.

Was dabei Ursache, was Wirkung ist, sollte man nicht *a priori* festlegen, sondern mit Blick auf konkrete Ereignisse und Prozesse jeweils empirisch zu klären versuchen. Daher analysiert DEMOKON viele konkrete Fallbeispiele. Mit diesem ganzheitlichen Ansatz kann man auch viel besser die verschiedenen Spielarten des Populismus in Europa und weltweit erklären, die zu einer gewissen Flexibilität in Klima- und energiepolitischen Fragen führt. Populistische Oppositionsparteien argumentieren oft anders als solche mit Regierungsbeteiligung, und populistische Parteien in Ländern ohne fossile Rohstoffe oft anders als solche mit diesen.

3. Populismus und Energiewende

Im populistischen Denken zerfällt die Welt grundsätzlich in „gut“ und „böse“, Differenzierungen und Ambivalenzen gibt es nicht. Auf der „bösen“ Seite stehen die politische Elite und soziale Minderheiten, auf der „guten“ Seite steht die „moralische Mehrheit“ des Volkes – und natürlich der populistische Akteur selbst.

Zu beachten dabei ist, dass „Mehrheit“ und „Minderheit“ im Populismus im Sinne seines manichäischen Weltbildes und damit „moralisch“ qualifiziert werden, nicht empirisch. Und darin steckt die latente Gefahr des Populismus für die Demokratie, der er ansonsten oft wortreich huldigt („Mehr Macht für das Volk!“). Denn wenn die Mehrheit aus denen besteht, die so denken, wie die Populisten es sich wünschen, dann kann auch eine empirische Minderheit die moralische Mehrheit sein.

Seinem ideologischen Kern nach zeichnet sich Populismus durch zwei zentrale Positionen oder Narrative aus, die zwei Spannungs- oder Spaltungslinien in der Gesellschaft markieren:

- *Vertikale Spaltung – Elitenkritik:* Der Mehrheit steht eine politische Elite gegenüber. Ihr wird vorgeworfen, die Interessen dieser Mehrheit verraten und sich von ihren Problemen und Sichtweisen abgekoppelt zu haben. Die angeblich immens hohen ökologischen und ökonomischen Kosten der Energiewende sind ihnen egal, werden abgewälzt auf die „Mehrheit“.
- *Horizontale Spaltung - Antipluralismus:* Der „Mehrheit“ steht eine gesellschaftliche „Minderheit“ gegenüber, die je nach ideologischer Ausrichtung (Links- versus Rechtspopulismus) verschieden definiert wird (z.B. nach Hautfarbe, ethnischen oder politisch-kulturellen Merkmalen, Weltbildern, Stellung zu ökologischen Fragen). Im Energiewende-Kontext wird diese Konfliktlinie nicht selten auch als Stadt-Land-Gegensatz gerahmt: urban-ökologische Minderheiten setzen die Energiewende zu Lasten der „kleinen Leute“ vom Land durch.

Aufgrund dieser Kern-Ideologie zielt die populistische Strategie darauf ab, der „moralischen Mehrheit“ wieder den ihr gebührenden Einfluss gegenüber der den Diskurs fälschlicherweise beherrschenden „Minderheit“ zu verschaffen. Und das heißt aus populistischer Sicht: Die „sogenannte Klimapolitik der Bundesregierung“ (Alexander Gauland) soll als Ausdruck einer „Klimahysterie“ gebrandmarkt werden, die von einer interessierten Wissenschaft, Klimaaktivist:innen wie denen von *Fridays for Future* und den Mainstream-Massenmedien angeblich geschürt wird. Die politische Elite hat sich mit ihrer Klimapolitik dieser „Minderheitenmeinung“ angeschlossen – entweder, weil sie vor ihr bzw. ihrer massenmedialen Darstellung „eingeknickt“ ist, oder weil sie selber ideologisch „verbohrt“ ist.

Politisches Ziel des Populismus ist es daher, die Energiewende zurückzudrehen und zum „guten alten deutschen Energiesystem“ aus Kohle und Atom zurückzukehren. Die Verteidigung eines herkömmlichen fossil-intensiven Lebensstils – einschließlich Diesel, Flugreise und Grillplatte – gehört zum Programm und passt auch zur populistischen Diskurs-Strategie der Lobpreisung des „gesunden Menschenverstandes“, der „kleinen Leute“, des „Normalen“.

Es gibt eine ganze Reihe von Parteien und Organisationen, die diese populistische Strategie im Bereich der Klima- und Energiepolitik in Deutschland derzeit verfolgen. Dabei ist es wichtig zu sehen, dass Argumente und ganze Diskurse nicht einfach nur populistisch oder nicht sein können, sondern dass es Grade und Varianten bei der Zugehörigkeit gibt. Zu diesem Zweck haben wir einen Populismus-Indikator entwickelt, der es auch erlaubt, populistische von nicht-populistischen Argumenten und Formen des Protests in graduellen Abstufungen zu unterscheiden.

Am konsequentesten populistisch argumentiert derzeit die Partei AfD (*Alternative für Deutschland*), die sowohl auf programmatischer als auch auf praktischer Ebene (Gesetzesinitiativen, Anfragen und Debatten in den Parlamenten) am deutlichsten die Kriterien für Populismus erfüllt. Aber hier und dort finden sich auch Politiker:innen der FDP oder der CDU, die das tun. Seltener argumentieren Vertreter:innen linker Parteien populistisch, bei den Grünen dominiert eine klare anti-populistische Grundhaltung, populistische Argumente sind eher die Ausnahme. Das spiegelt sich auch im unterschiedlich hohen Anteil populistisch denkender Wähler:innen dieser Parteien.

Im gesellschaftlichen Teilsystem Wissenschaft operiert der selbsternannte klimaskeptische „Think Tank“ EIKE, das *Europäische Institut für Klima & Energie*. Sein Motto: „Nicht das Klima ist bedroht, sondern unsere Freiheit!“. EIKE präsentiert sich als Plattform klimaskeptischer und energiewende-kritischer Äußerungen, die andernorts angeblich nicht präsentiert werden dürfen. Im Fachbeirat findet sich kein/e anerkannte/r Klimaforscher:in, personelle Verflechtungen zur deutschen fossilen bzw. energieintensiven Industrie sind dagegen aktenkundig. Nachweisbar sind auch personelle Verbindungen mit der AfD. Die AfD lädt die „Experten“ von EIKE immer wieder zu Anhörungen ein.

Ein dritter Akteur, der bisweilen offen populistisch argumentiert, ist die selbsternannte Dachorganisation der Windkraftgegner:innen mit dem bezeichnenden Titel *Vernunftkraft*. Vernunftkraft operiert im Teilbereich soziale Bewegungen und wendet sich insbesondere gegen Windkraftanlagen. Lokalen Bürgerinitiativen gegen Windkraft werden standardmäßige Argumentationshilfen und „Experten“ angeboten – nicht selten aus dem Umkreis von EIKE.

Die Liste (partiell) populistisch argumentierender Klima- und Energiewende-Akteure ist damit durchaus nicht abgeschlossen, kann hier aus Platzgründen aber nicht vollständig aufgeführt werden. Auf lokaler Ebene hat die Übernahme eines populistischen Narrativs im Kern zwei Effekte:

- *Fundamentalkritik*: Wer populistische Argumente überzeugend findet, hat nicht nur hier vor Ort etwas gegen den Windkraft- oder Netzausbau, sondern ist grundsätzlich dagegen. Motto: Weder hier noch anderswo! Der in der Forschung etablierte Typus des NIMBY (*Not In My Back Yard*) – also eine Person, die grundsätzlich für die Energiewende, aber gegen das konkrete Projekt ist – stirbt damit aus.
- *Radikalisierung*: Wer populistisch denkt, sieht in den Befürworter:innen eines Projekts tendenziell keine politischen Gegner, sondern Feinde, die man nicht mehr anhören, sondern nur noch hart angehen muss. Denn die Gemeinwohl-Schädlichkeit des Projekts Energiewende ist im populistischen Weltbild ja bereits erwiesen.



Abbildung 2: Die Energiewende im Populismus-„Sandwich“ (Quelle: eigene Darstellung)

An dieser Stelle wird deutlich, dass die Energiewende von zwei Seiten in die populistische Kritik gerät: Von „oben“ durch die bundesweiten Aktivitäten und Initiativen der genannten Akteure, aber auch „von unten“ durch populistisch argumentierende lokalen Protest – wie in einem Sandwich (vgl. Abb. 2). Die Energiewende „besteht“ im Kern aus ihrem institutionellen Politikdesign und den vielen Einzelprojekten vor Ort. Das Politikdesign gibt den gesetzlichen und finanziellen Rahmen für die Projektebene vor, deren Umsetzungsstand wiederum den Anpassungsbedarf für die Politikebene definiert. Der übergreifende populistische Energiewende- und Klimadiskurs interpretiert und kritisiert das Politikdesign der Energiewende, greift sie grundsätzlich an. Auf der Lokalebene können Proteste entweder zu einer Übernahme des populistischen Narrativs durch bereits gegen das Projekt aktive, aber bisher noch nicht populistisch eingestellte Menschen führen (Polarisierung im Prozess), oder aber das Ergebnis der Intervention populistischer Akteure in die lokale Energiepolitik sein (populistischer Spillover). Oft finden wir auch eine Mischung aus beiden Prozessen.

Unsere Fallanalysen und Befragungen zeigen zudem, dass gerade die am Konflikt nicht beteiligten Menschen, die eine positive Einstellung zu Projekten vor Ort haben, zu der Einschätzung neigen, dass sehr viele Menschen – bis hin zu einer vermuteten Mehrheit vor Ort – *gegen* das Projekt sind, obwohl die („schweigende“) Mehrheit *dafür* ist. Diese *Überschätzung* von lokaler Gegnerschaft ist eine Folge der Intensität und der „Lautstärke“ des Protests, aber eben kein Abbild der tatsächlichen Mehrheitsverhältnisse. Menschen, die so denken, neigen dazu, ihre eigene (positive) Einstellung eher nicht zu äußern – insbesondere in kleinen Orten, wo „man sich kennt“. Im Effekt können tatsächliche Mehrheitsverhältnisse aufgrund dieser fehlerhaften „gefühlten“ Mehrheitsverhältnisse wegen kippen.

Dies ist insbesondere dann eher wahrscheinlich, wenn Planungsbehörden oder auch Bürgermeister:innen, an die sich viele oft auch dann wenden, wenn sie keinen direkten Einfluss auf das Planungsgeschehen haben, sich intransparent oder inkompetent verhalten, keine oder nur Scheinbeteiligungen durchführen, sich nicht um positive lokale Breiteneffekte kümmern etc.

4. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Das Projekt DEMOKON untersucht den Einfluss populistischer Akteure und Ideologien nicht nur auf der allgemeinen Diskursebene, sondern vor allem auch auf der Ebene lokaler Konflikte: Viele Fälle des Wind- und Netzausbaus in Ost- und Westdeutschland sowie der Kohleausstieg im Rheinischen Revier und in der Lausitz werden von uns näher auf ihre Konfliktdynamik und die Rolle der Unbeteiligten hin untersucht. Daneben wird eine bundesweite Befragung durchgeführt. Die kompletten Projektergebnisse liegen Ende 2022 vor.

Gleichwohl lassen sich aufgrund der bisherigen Befunde bereits einige Empfehlungen formulieren:

- Populistische Organisationen haben das Feld der Klima- und Energiepolitik als ein neues, für sie relevantes Profilierungsgebiet entdeckt. Angesichts der teilweise hohen Wahlbereitschaft für populistische Parteien – in Deutschland primär die AfD – steckt hier ein nicht zu unterschätzendes Blockadepotenzial für die Energiewende und damit auch die deutschen Klimaziele.
- Der Populismus als Ideologie, Diskurs und Strategie verzahnt das Narrativ des von den Eliten im Namen von Minderheiten betrogenen Volkes mit dem eines grundsätzlich verfehlten Politikdesigns der Energiewende und einer Opfererzählung der „Mehrheit“. Damit besteht die Gefahr, den lokalen Protest fundamentalistisch aufzuladen und zu radikalisieren.
- Das Ernst-Nehmen des Populismus-Risikos darf nicht dazu führen, jeden Protest gegen Energiewende-Projekte als populistisch zu diffamieren. Der vom Projekt DEMOKON entwickelte Populismus-Indikator kann helfen, hier zu differenzieren.
- Es ist nicht zielführend, die Energiewende pauschal gegen populistische Angriffe in Schutz zu nehmen und jedes einzelne ihrer Projekte quasi blind zu verteidigen. Eine Analyse der Schwachstellen und Probleme des Politikdesigns der Energiewende sowie eine genaue Prüfung einzelner Projekte sind demgegenüber erforderlich. Dazu gehört auch, den komplexen gesellschaftlichen und politischen Prozess „hinter“ der Energiewende transparenter zu machen. Nur so lässt sich verhindern, dass der Populismus die Energiewende als Elitenprojekt diffamieren kann.
- Je stärker die Bevölkerung und vor allem die Kommunen – besonders in strukturschwachen Regionen – von lokalen Projekten profitieren können, desto besser für die breite Akzeptanz. Aktive Gegner:innen wird man damit wahrscheinlich nicht überzeugen können, wohl aber die „schweigende Mehrheit“ der Unbeteiligten.
- Neben der Radikalisierung des lokalen Protests ist die Selbstunterschätzung häufig vorhandener (stiller) lokaler Unterstützung die größte Gefahr des Energiewende-Populismus.
- Eine stärkere Aktivierung der Unbeteiligten ist wichtig. Dafür braucht es neue Formen der Ansprache und der frühzeitigen Beteiligung, wobei nicht zuletzt auch die Genehmigungsbehörden zu einer pro-aktiveren Beteiligungskultur aufgefordert sind.

- Über das Schicksal der Energiewende wird in Berlin entschieden, aber sie scheitert oder ist erfolgreich nur in den Regionen. Die regionale und kommunale Ebene muss deutlich gestärkt werden. Insbesondere die häufig von der Wucht populistischer Diskurse und Strategien überforderte Kommunalpolitik braucht belastbare Argumente und didaktische Schulungen.
- Eine demokratische Konfliktkultur für die Energiewende lebt von mehr, nicht von weniger Debatte. Nur so können wir unsere Meinungen fundiert bilden, nur so die Positionen anderer Menschen in unsere Überlegungen einbeziehen, nur so gemeinsam Lösungen für Probleme finden. Damit ist zugleich die Grenze zu diffamierenden und die Meinungsbildung abwügenden Diskursformen markiert.

Studien und Umfragen zeigen: Das Interesse am Thema Klimawandel und das Engagement für den Klimaschutz haben trotz Corona-Pandemie in der Bevölkerung deutlich zugelegt und die politischen Parteien haben das im Vorfeld der Bundestagswahl vom September 2021 auch aufgegriffen. Die neue Bundesregierung sollte diese Chance nutzen, um durch die Stärkung der demokratischen Konfliktkultur auch zu einer breit getragenen Bürger-Energiewende zu kommen.



DEMOKON

Eine Demokratische Konfliktkultur für die Energiewende

Kontakt: www.DEMOKON.de

Das vorliegende DEMOKON-Policy Paper 1 wurde von den oben genannten Autor:innen des DEMOKON-Konsortiums ausgearbeitet. Sie spiegelt nicht zwangsläufig die Meinung des gesamten DEMOKON-Konsortiums oder des Fördermittelgebers Stiftung MERCATOR wider.

Gefördert durch:

STIFTUNG
MERCATOR

Projektkonsortium:



POTSDAM-INSTITUT FÜR
KLIMAFOLGENFORSCHUNG



GEORG-AUGUST-UNIVERSITÄT
GÖTTINGEN



Hochschule Niederrhein
University of Applied Sciences



IASS
POTSDAM
Institut für transformative
Nachhaltigkeitsforschung

INSTITUT
RAUM &
ENERGIE

UNIVERSITÄT
SIEGEN